

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/107

Bonn, den 10. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3a	<u>Auf der Suche nach dem Stein der Weisen</u>	97

Zur Problematik der Hochschulgesetzgebung

Von Dr. Josef Benzinger

2 - 3	<u>Anatomie einer Wahl</u>	76
-------	----------------------------	----

Die rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen geben einige
interessante Aufschlüsse

Von Karl Heinz Nass, Mainz

4	<u>"Politische Vereinigungen" im luftleeren Raum</u>	46
---	--	----

Spanien schränkt seine "politische Öffnung" ein:
Parteilpolitische Tätigkeit bleibt weiterhin verboten

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESINNUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Wahrung der Rechte unseres eigenen Volkes

Zum Deutschlandtreffen der Schlesier

Im Zeichen der Solidarität

Das übergeordnete Interesse unseres Volkes

Für die alte Heimat wirken

Junge Generation im anderen Teil Deutschlands

Sondernummer über Stettin

Dänemark gewährt Asyl

Auf der Suche nach dem Stein der Weisen

Zur Problematik der Hochschulgesetzgebung

Von Dr. Josef Benzinger

Daß gerade in der letzten Zeit häufig Sozialdemokraten in das Schußfeld öffentlicher Kritik geraten sind, liegt zweifellos daran, daß man nur denjenigen beim Wort nehmen kann, der sich zu einer Sache äußert. Das gilt für das Problem der Änderung des Haftrechts genauso wie für die Problematik einer wirksamen Hochschulreform unter den gegebenen Umständen. Bezüglich der letzteren hat die SPD sowohl eine umfassende Konzeption als auch konkrete Einzelvorstellungen entwickelt. Der Mut, den sie damit bewiesen hat, wird nun aber keineswegs honoriert. Von seiten der CDU/CSU erfolgen keine Angriffe, weil man sich bei den Konservativen nur zu deutlich der eigenen Schwäche bewußt ist und es im übrigen nicht ungern sieht, wenn sich SPD-Politiker im Konflikt mit Studenten und Professoren befinden. Die Studentenschaft befindet sich in einer Zwangssituation: Sie will mit ihrer Gegnerschaft gegen Gesetzentwürfe der SPD wohl sicher nicht billige Parteipolitik betreiben, glaubt jedoch andererseits, einem Hochschulgesetz nicht zustimmen zu können, in welchem eine Neudefinition der Hochschulautonomie vorgenommen wird.

Ziel der Studentenschaft ist, die staatlichen Einflußmöglichkeiten zurückzudrängen oder auf jeden Fall nicht zu vermehren sowie eine Mitbestimmung der Studierenden sicherzustellen, welche die Machtverteilung innerhalb der Hochschule tatsächlich ändert. Den Gesetzentwürfen der SPD wird entgegengehalten, man beabsichtige hier eine Scheindemokratisierung, mittels derer man u.a. einem ungeschwächten staatlichen Dirigismus zum Durchbruch verhelfen wolle.

Ein Teil der Professorenschaft lehnt die Entwürfe ab, selbstverständlich mit anderer Begründung. Dem Staat wird hier zwar die gleiche Absicht unterschoben wie von seiten der Studenten, was man aber im Grunde will, ist die alte Form der Hochschulautonomie, d.h. am liebsten gar keine Hochschulgesetze.

Die Frage nach Sinn und Zweck von Hochschulgesetzen ist die Frage, wer der schwerkranken deutschen Universität am raschesten und wirksamsten helfen kann. Die Annahme, die Hochschulen seien dazu selbst in der Lage, ist längst widerlegt, auch wenn sich daran immer noch Hoffnungen knüpfen.

Der Studentenschaft ist das Verdienst nicht streitig zu machen, ein dringendes Problem aktualisiert zu haben. Ihr ist weiterhin - oder soll man besser sagen: war? - die Fähigkeit nicht abzuspreehen, brauchbare Vorschläge gemacht zu haben. In der gegenwärtigen Situation jedoch ist der Aktionsradius in der deutschen Studentenschaft eingeeignet wie kaum je zuvor. Wer eine Diskussion nur anheizt und mittels der erzeugten Hitze diskussionsfremde Ziele verfolgt, kann nicht erwarten, ernstgenommen zu werden. Überflüssig festzustellen, wer damit gemeint ist. Wer sich um die Angelegenheiten seines engeren Bereichs nicht kümmert, darf sich nicht wundern, wenn das Diskussionsergebnis nicht seinen Erwartun-

gen entspricht. Das sind die vielzitierten Mausgrauen. Wer schließlich nicht bereit ist, Kompromisse zu schließen, mit der Begründung, "hochschulfremde" Interessen hätten hier nichts zu suchen, der wird damit rechnen müssen, daß die Fronten sich verhärten.

Radikale Studentenfunktionäre haben die gesamte Studentenschaft soweit in outsider-Position geschoben, daß selbst gemäßigte Studentenvertreter kaum mehr Kredit besitzen. Da sie auch kaum über die nötige Publicity verfügen, zählen sie bedauerlicherweise als Faktor so gut wie nicht. Staat und Universität selbst sind nicht zuletzt Schuld daran, daß diese Rechnung der Radikalen aufgegangen zu sein scheint.

Übrig bleibt der Staat. Daß das Machtpendel jetzt - hoffentlich nur befristet - zu seinen Gunsten ausschlägt, darf niemanden in Erstaunen versetzen. Bei einem derart breiten Meinungsspektrum wie es im Augenblick an den Hochschulen sichtbar wird ist die Universität nicht in der Lage, ihre berechtigten Interessen als Ganzes dem Staat gegenüber zu vertreten. Dabei ist zu beachten, daß dieser Staat als demokratischer Staat die Interessen der Gesellschaft gegenüber der Universität und damit auch der Universität selber gegenüber der Universität treuhänderisch im Auftrag der Gesellschaft vertritt. Das bedeutet somit mehr als die Lösung einer bloßen Machtfrage.

Es ist deshalb wenig sinnvoll, die vorliegenden Gesetzentwürfe in Bausch und Bogen abzulehnen. Unbestreitbar bringen sie eine Reihe spürbarer Verbesserungen. Zweifellos sind sie wie alle modernen Gesetze über kurz oder lang novellierungsbedürftig. Kaum wird hier eine unkorrigierbare Richtung eingeschlagen oder eine dauernde Machtverschiebung vorgenommen. Davon abgesehen erscheinen das Mißtrauen gegenüber jeder Form des staatlichen Dirigismus und die Befürchtung gegenüber einer üppig wachsenden neuen Bürokratie gerechtfertigt.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn alle an der Diskussion Beteiligten sich gegenseitig das ehrliche Bemühen um die Sache glaubten (bei wenigen nur ist das nicht möglich). Es wäre mehr gewonnen, wenn man der verbalen Hochschulreform endlich zu konkreten Maßnahmen gelangte. Daß dies auch ohne Hochschulgesetz möglich ist, haben einige noch nicht begriffen, andere unternehmen den Versuch mit untauglichen Mitteln (was heißt schon "studentische Selbstorganisation der Wissenschaft"?). Die "Vorschläge zur Reform der Hochschule" ("Blauer Plan") der SPD sind eine solide Grundlage, sie beinhalten wohl die konkretesten Vorstellungen im Vergleich zu den anderen Parteien.

Aller Voraussicht nach wird das Interesse an diesen Vorschlägen ebenso stark sein wie das am "Modell für ein demokratisches Bildungswesen", das in der Öffentlichkeit auf eine erstaunlich breite und tiefe Resonanz gestoßen ist. Die Diskussion über diesen Entwurf wird und muß den Grad der Übereinstimmung innerhalb der SPD erhöhen. Dabei gilt es vor allem den Eindruck zu vermeiden, als seien sozialdemokratische Hochschulpolitik in Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge. Man wird auch noch klar machen müssen, daß gewisse Teilprobleme für eine definitive Regelung noch nicht reif sind. Die Studentenschaft selbst hat wiederholt erklärt, daß die Organisation der Studentenschaft reformbedürftig sei. Innerhalb der Studentenschaft ist die Diskussion darüber in vollem Gange. Fairneß erfordert es jedoch, daß man diese Frage solange zurückstellt, bis eine befriedigende Lösung des Beteiligungsproblems erzielt ist.

Anatomie einer Wahl

Die rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen geben einige
interessante Aufschlüsse

Von Karl Heinz Nass, Mainz

Wer die Flut düsterer Ankündigungen miterlebt hat, die sich im Verlauf der rheinland-pfälzischen Verwaltungsreform über den Landtag ergoß, der muß den Wählern des westlichsten Bundeslandes Respekt zollen. Über 90 Prozent von ihnen haben den demokratischen Parteien ihre Stimme gegeben. Damit ist ein Beweis geführt, der anderswo mit einiger Spannung erwartet worden sein mag: Proteste und Schwarzmalerei kamen nur von einer relativ kleinen Gruppe persönlich Interessierter, die sich zu unrecht auf "die Bevölkerung" berufen hat. Die große Masse der Wähler blieb gelassen. Sie vergab ihre Stimmen nach den örtlichen Gegebenheiten und dementsprechend sehr unterschiedlich, insgesamt gesehen aber so maßvoll, daß das bestehende politische Kräfteverhältnis nicht verändert wurde.

Es ist also möglich, eine so einschneidende Gebietsreform durchzuführen, ohne daß "die Bevölkerung" dadurch radikalisiert wird. Einzelne Pannen wird man allerdings in Kauf nehmen müssen. Das zeigt sich am Beispiel der Stadt Trier, wo die Bürger der frisch eingemeindeten Gebiete offenbar wahre Protestwahlen abgehalten haben. CDU und SPD verloren dort jeweils mehr als fünf Prozent, und selbst die FDP ging von 9,5 auf 5,2 Prozent zurück. Sie fiel damit gleich hinter zwei freie Wählergruppen zurück.

Aber solche eindeutig von der Verwaltungsreform verursachten Ergebnisse blieben Einzelfälle. Sie hatten nur wenig Einfluß auf das Gesamtergebnis. Gewichtiger mag eine andere Quelle der Unruhe gewesen sein, auf die der SPD-Landesvorsitzende Jockel F u c h s nach der Wahl hinwies:

- * Die Folgen der Tatsache, daß weder Gemeindefinanzreform noch
- * Städtebauförderungsgesetz bisher den Bundestag passiert
- * haben. Den Bürgern wird zunehmend die Tatsache bewußt, daß
- * die Gleichheit der Lebensbedingungen ihnen als echter Ver-
- * fassungsanspruch zusteht. Sie finden sich nicht mehr so
- * leicht mit dem Schicksal ab, das sie infolge mangelhafter
- * Finanzausstattung ihrer Städte und Gemeinden auf viele
- * notwendige Maßnahmen der Daseinsfürsorge allzu lange warten
- * müssen.

Daß in Rheinland-Pfalz kein Test für die Bundestagswahl, sondern echte Kommunalwahlen abgehalten wurden, ergibt sich aus

der Feststellung, daß vielerorts Fragen der Persönlichkeit das Ergebnis beeinflussen. So büßte die SPD überraschend in Zweibrücken vier, in Speyer sogar 5,4 Prozent Stimmenanteil ein. In beiden Städten hatte erst kürzlich ein weithin bekannter SPD-Oberbürgermeister (Oskar M u n z i n g e r bzw. Dr. Paulus S k o p p) nach vielen erfolgreichen Jahren seine Amtszeit beendet. Ihre Nachfolger hatten keine Zeit mehr, in den Augen der Bürger die gleiche Statur zu gewinnen. Ähnliche Einbußen erlitt die SPD im Oberwesterwaldkreis, wo Staatssekretär a.D. Otto S c h m i d t, langjähriger Vorsitzender der Kreistagsfraktion, nicht mehr kandidierte.

Es ist jedoch anzunehmen, daß die Zeit diese Ergebnisse korrigieren wird. Jedenfalls gibt es Beispiele dafür, daß die Vernunft der Wähler auf lange Sicht ein stabilisierender Faktor ist. An prominenter Stelle der Beweisführung steht hier Ludwigshafen, wo der neue Ministerpräsident des Landes mit dem unbestrittenen Gewicht seiner Persönlichkeit den "Sturm aufs rote Rathaus" anführte. Ganz offensichtlich glaubten ihm die Wähler nicht, daß er neben seinen Aufgaben als Regierungs- und Parteichef, neben seiner Aktivität als CDU-Bundespolitiker und all seinen anderen Plänen (Zeitungsmeldungen: "Kohl hält Hof am Bahnhof Rolandseck", "Kohl kündigt Sprechstunden für jedermann an", "Kohl will Schnaken am Oberrhein bekämpfen") auch noch eine wesentliche Bereicherung des Ludwigshafener Stadtrats sein würde. Sie bereiteten ihm eine Niederlage. Die SPD behielt ihre absolute Mehrheit, die CDU verlor sogar Stimmen.

Wie sehr bloße Zahlen täuschen können, zeigt ein anderes Ergebnis dieser Kommunalwahlen. Die NPD gewann "nur" 2,4 Prozent aller Stimmen. Das trifft zu, aber der schöne Schein trügt. Die Rechtsextremen kandidierten nämlich nur mit relativ wenigen Listen. Sie wollten ein paar günstige Ergebnisse vorweisen können, das war alles. Im größten Teil des Landes bemühten sie sich garnicht erst.

Wo sie aber kandidierten, da war ihr Stimmenanteil alles andere als unbedeutend: Landkreis Kusel 14 Prozent, Donnersbergkreis 12,5 Prozent, Landkreis Alzey-Worms 15,3 Prozent, Landkreis Kaiserslautern 11,9 Prozent.

Und in den Städten: Zweibrücken 9,3 Prozent, Pirmasens 9,7 Prozent, Kaiserslautern 10,9 Prozent. Überall verdrängte die NPD die FDP vom dritten auf den vierten Platz.

"Politische Vereinigungen" im luftleeren Raum

Spanien schränkt seine "politische Öffnung" ein:
Parteilpolitische Tätigkeit bleibt weiterhin verboten

Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid

Auch künftig wird Spanien das Mehrparteiensystem versagt bleiben. Die jetzt erlassenen Richtlinien für die nach dem neuen Grundgesetz möglichen "politischen Vereinigungen", die bis zum 4. Juli verabschiedet werden müssen, engen den Spielraum empfindlich ein: Diese Vereinigungen müssen sich zu den "Prinzipien der Bewegung" (Falange) bekennen und es droht ihnen die Auflösung, sollten sie sich mit dem Anstrich einer Parteilpolitik versehen, wie sie seit 1939 im ganzen spanischen Staatsgebiet untersagt wird. Die dafür vorgesehenen Statuten finden nicht überall einhelligen Beifall: Das dem katholischen Laienorden "Opus Dei" nahestehende Madrider Blatt "Nuevo Diario" fand Worte vorsichtiger Kritik, der Mangel an rechtlichen Garantien und das Übermaß politischer Gängelung durch das Falange-Generalsekretariat wurden von der Zeitung herausgestellt.

Die "politischen Vereinigungen", von vielen Optimisten hoffnungsvoll als erste Schritte auf dem Weg zur Normalisierung der politischen Verhältnisse im Sinne einer repräsentativen Parteiendemokratie gepriesen, werden also weitgehend im luftleeren Raum hängen. Bisher hat sich nur der Linksfalangist Manuel Hedilla als Gründer einer solchen Vereinigung gemeldet. - Die keineswegs gering einzuschätzenden politischen Kräfte, die mit der Einheitsbewegung keine gemeinsame Sprache finden können, werden also auch künftig aus dem politischen Raum verbannt bleiben und im Schatten einer im Zeichen der Annäherung an Europa fragwürdig gewordenen Illegalität ganz bestimmten Folgen ausgesetzt sein, die eigentlich nicht mehr in die europäische Landschaft passen.

Einen scharfen Kontrast zu diesen politischen Zukunftsaussichten vermittelt ein Schreiben, in dem sich der Präsident der nationalen Organisationskommission der kriegsversehrten Ex-Soldaten der untergegangenen spanischen Republik, Florencio Martínez-Durán, an Presse und Öffentlichkeit wandte.

Der kriegsversehrte Ex-Republikaner, dessen Organisation beträchtliche Schwierigkeiten gewärtigen muß, bis sie sich registrieren und für die Kriegsoffer auch Renten durchsetzen kann, faßte seine Forderungen in nachstehende Kernsätze: "Das einzige, worum wir bitten und was wir wünschen, ist unsere Würde, ist unsere rechtliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Anerkennung unserer Eigenschaft als Kriegsversehrte. Wir hoffen, daß die vergangenen 30 Jahre genügen, um unser und das Unglück anderer Spanier zu beseitigen". Diese republikanischen Kämpfer beziehen im Gegensatz zu jenen, die "auf der richtigen Seite" standen, weder Kriegsofferrenten noch andere Versorgungsleistungen. Es sind nicht mehr viele, eine humanitäre Regelung bietet sich schon deswegen an, weil ein Schlußgesetz die diskriminierenden Folgen des Bürgerkrieges offiziell außer Kraft setzte. Die republikanischen Kriegsversehrten haben nie begehrt, sich in einen politischen Verband zu konstituieren: Was sie wünschen, ist ihre Gleichstellung in versorgungsmäßiger Hinsicht.